



„Das ist nicht mehr die Polizei in die ich eingestellt wurde“

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Solche oder ähnliche Äußerungen höre ich immer mehr, wenn ich mich mit den Kolleginnen und Kollegen unterhalte. Wenn ich mir dann die Mühe mache und die Zeit nehme, um näher auf die Aussagen einzugehen, wird es sehr schnell spannend.

Die Kollegen – es sind naturgemäß weniger Kolleginnen – erzählen teilweise mit verklärtem Blick von ihrer Ausbildung, von den ersten Einsätzen, von ihren Erlebnissen und Erfahrungen. Fast mit einer Art Pfadfinderpathos hat mir ein Kollege erzählt, wie er mit über 100 Kollegen in einer Sporthalle anlässlich eines Großeinsatzes untergebracht war und dort zwei Nächte geschlafen hat. Was unter dem Strich bleibt, ist ein unheimliches Zusammengehörigkeitsgefühl, das damals wohl vorgeherrscht hat. Meistens auf der Rückfahrt oder in ruhigen Stunden lasse ich dann meine Gedanken über solche Geschichten Revue passieren. Dann ist es passiert! Ich habe meinen alten Schuhkarton geholt, in dem Fotos und Unterlagen aus meiner Ausbildungszeit aufbewahrt sind. Auch ich war in Sporthallen untergebracht, es gibt Fotos vom Biwak, vom Einsatz oder von der Stube, in der wir gelebt, gelernt und unsere Zeit sonst wie verbracht haben (zu viert).

War das wirklich alles so toll, wie wir es teilweise heute noch sehen?

Könnte eine Polizei, so wie sie damals existierte, heute überhaupt noch funktionieren. Der Spieß, der Rechnungsführer, der Hundertschaftsführer oder gar die Angehörigen einer Stabhundertschaft sind Bilder aus einer längst vergangenen Zeit. Der Spieß war Hauptmeister, der Rechnungsführer auch, der Hundertschaftsführer war Hauptkommissar und ein Angehöriger der Stabhundertschaft sogar Stabs-hauptmeister und der Rest, sowieso „privilegiert“. Wir haben Übungen gegen „Rot“ gemacht und dann kamen die ersten Einsätze in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Stuttgart. Auf



die Ausstattung und Ausrüstung möchte ich gar nicht eingehen, denn alleine dieser Wandel und Veränderungen wären mal eine gesonderte Betrachtung wert. Wer sich vor Augen hält, wie wir damals das „Problem“ RAF polizeilich bearbeitet haben und dies mit heute vergleicht, wird deutlich erkennen, die Erde hat sich gedreht.

Es hängt auch nicht an den Computern, die nicht nur Einzug im gesamten Leben gehalten haben, sondern fester Bestandteil in unserem Leben sind. Meine ersten Protokolle, Vernehmungen, Anzeigen etc. habe ich auf der mechanischen Schreibmaschine und mit zig Durchschlägen geschrieben. Tipp-Ex war mein ständiger Begleiter (für die jüngeren Kollegen und Kollegen: Tipp-Ex ist eine weiße Flüssigkeit, mit der man Tippfehler überstreichen, damit man den richtigen Buchstaben oder sogar Wort wieder einsetzen konnte).

Dienstgrade wie Meister, Obermeister oder Hauptmeister waren bei der Schutz- und der Kriminalpolizei gang und gäbe (bei K gab es mehr Hauptmeister) und die Kommissare, Oberkommissare oder gar Hauptkommissare waren sehr dünn gesät. Vom Oberrat rede ich gar nicht, denn den haben wir damals nur von Weitem gesehen. So betrachtet bin ich ganz froh, dass die Polizei nicht mehr so ist wie damals, als ich eingestellt wurde. Doch über einen Punkt mache auch ich mir Gedanken.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist uns in der Polizei insgesamt abhandengekommen.

Manche Kritiker nennen es den Corps-Geist, laut Duden (meist abwertend [elitäres] Ständebewusstsein, das den unbedingten Zusammenhalt von Mitgliedern höherer gesellschaftlicher Kreise fordert), andere nennen es Kameradschaft um denen, für die es wichtig ist, das Gefühl zu geben, sie seien von gestern. Es wurde mit Wissen und Wollen das Zusammengehörigkeitsgefühl versucht so niedrig wie möglich zu bekommen. Der Grund ist einfach. Wenn z. B. früher eine Beförderung auf die Dienststelle kam, wurde das gefeiert. Heute ist eher der Neid derer, die nicht befördert wurden in der Übermacht. Hoch lebe die Ellenbogengesellschaft. Der Mensch, so empfinden viele, steht schon lange nicht mehr im Mittelpunkt, oder positiv formuliert: Der Mensch steht so lange im Mittelpunkt, wie er funktioniert und als VZÄ in der Buchhaltung auftaucht. Hier trauere ich auch der Vergangenheit nach, denn das menschliche Miteinander war viel mehr verbreitet als heute. Vielleicht liegt es daran, dass es damals nicht nur verordnet, sondern auch gelebt wurde.

Solche Ausflüge in die eigene Vergangenheit sind für jeden interessant und jeder muss sich selbst sein Urteil bilden. Grundsätzlich bin ich froh, dass die Polizei nicht mehr so ist, wie zum Zeitpunkt meiner Einstellung, doch vermisse ich das menschliche Miteinander, welches ich, im Vergleich zu heute, positiver in meiner Erinnerung gespeichert habe. Es kommt die Zeit der Besinnung und der Ruhe (hoffentlich). Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörigen, Freunde und für sie wichtigen Menschen, die Zeit diese auch zu genießen. Ich wünsche allen gute Gesundheit und unseren kranken Kolleginnen und Kollegen gute Genesung.

Frohes Fest und für das, was 2016 kommen wird, alles Gute.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Februarausgabe 2016 des Landesjournals Baden-Württemberg ist aufgrund des Jahreswechsels bereits am Mittwoch, dem 29. Dezember 2015.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden. **Wolfgang Kircher**

Die Polizei des Landes kann nicht mehr

In der 44. KW tagte der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Baden-Württemberg in Karlsruhe. Hauptdiskussionspunkt war die aktuelle Belastung der Polizei des Landes.

„Flüchtlingsproblematik, PEGIDA, Fußball, Wohnungseinbrüche, die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte und das tägliche Geschäft führen dazu, dass unsere Kolleginnen und Kollegen bereits im roten Bereich sind“, fasst Rüdiger Seidenspinner die Diskussion zusammen. „Wenn die Belastungen so weitergehen, und davon muss ausgegangen werden,“ so Seidenspinner, „werden wir das nicht mehr schaffen!“

Was man derzeit von den Polizistinnen und Polizisten des Landes abverlangt, ist unbeschreiblich, so der GdP-Vorsitzende.

Freie Wochenenden oder Erholungszeiten für die Kolleginnen und Kollegen sind wie Märchen aus einer anderen Welt. Es wird erwartet, dass unsere Kolleginnen und Kollegen ständig erreichbar und verfügbar sind (ohne einer entsprechenden Vergütung). Selbst das Aushelfen im Krankenstand ist mittlerweile leider Realität.

Die verantwortliche Politik, die diese

Misere zu verantworten hat, wurde von uns vor langer Zeit schon rechtzeitig gewarnt. Jetzt bezahlen wir die Rechnung, stellt Seidenspinner fest. Wir haben jahrelang gebetsmühlenartig davor gewarnt, dass die Polizei aufgrund ihrer Arbeitsbelastung und dem fehlenden Personal erforderliche Aufgaben nicht mehr erledigen kann. Leider ist das jetzt auf grund verschiedener Umstände und Entwicklungen viel früher eingetreten, kritisiert der GdP-Chef. Niemand hat unsere Warnungen, Berechnungen und deutliche Hinweise ernst genommen! Die Innere Sicherheit wurde ausschließlich an der Kassenlage orientiert und in der Vergangenheit, als der Arbeitsmarkt noch genügend junge Menschen hatte, die zur Polizei wollten, Stellen gekürzt bzw. gestrichen und die Einstellungszahlen nahe Null gefahren.

Meine Kolleginnen und Kollegen müssen jetzt dafür bezahlen, so der GdP-Vorsitzende. Das schlimmste ist, dass die dafür Verantwortlichen sich heute hinstellen und schlaue Forderungen aufstellen und schlichtweg ignorieren, dass sie nicht zugehört, sondern weggeschaut haben.

Die Beispiele, die im Polizeialltag deutlich machen, dass der rote Bereich erreicht ist und das Fass am Überlaufen ist, sind beliebig bei den Polizeidienst-

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



wünscht Euch auch im Namen des geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes Eure Deutsche-Polizei-Redaktion.
Foto: Margot Kessler (pixello.de)



LANDESVORSTAND

stellen austauschbar und keine Einzelfälle.

Einige Beispiele:

- Polizeidienststellen müssen geschlossen werden, weil die Kolleginnen und Kollegen in der LEA oder anderen gleich gelagerten Unterkünften gebraucht werden.
- Die dringend notwendigen Mindeststärken werden aufgrund Personalmangels unterschritten.
- Die Sollstärken auf vielen Polizeirevierern sind nicht mehr gegeben.
- Kolleginnen und Kollegen – oft lebens-ältere – aus dem Tagesdienst müssen in die Schichten, um dort auszu-
zuhelfen. Deren Arbeit bleibt dann liegen.
- Kolleginnen und Kollegen müssen, neben ihren Schichtzeiten, auf anderen Dienstgruppen aushelfen oder zu Sondereinsätzen gehen.
- Die Kolleginnen und Kollegen im Einsatzbereich wissen Donnerstags noch nicht ihre Einsatzzeiten am Wochenende, was ein planbares Wochenende mit Familie und Freunden unmöglich macht.
- Regelmäßig wird an sechs Tagen in der Woche gearbeitet, die Wochenarbeitszeit von 41 Stunden wird regelmäßig überschritten.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in keinsten Weise gegeben.
Die öffentlichen Verlautbarungen,

dass alles gemeistert werden kann, dass alles im Großen und Ganzen läuft, dass wir das schaffen, ähneln dem Pfeifen eines kleinen Kindes im dunklen Keller, so Rüdiger Seidenspinner.

Meine Kolleginnen und Kollegen haben es auch satt, so Seidenspinner, dass in der Politik jeder nur sein Stüppchen kochen möchte. Die einen schieben alles, auch ihre Versäumnisse aus der Vergangenheit, auf die Reform. Die anderen verteidigen diese, obwohl nachgebessert werden muss. Die tatsächlichen Probleme, die damit nichts zu tun haben, führen bei unseren Kolleginnen und Kollegen immer mehr zur Überbelastung.

Die Polizistinnen und Polizisten haben genug von den Fensterreden, die nichts ändern. So soll Frontex um 400 bis 600 Polizisten erweitert werden. „Woher kommen diese Kollegen?“, fragt Seidenspinner. Wo werden sie fehlen? Was können sie im europäischen Ausland eigentlich ausrichten, wenn sie ausschließlich nach dem dort gültigen nationalen Recht tätig werden dürfen? „Und wenn dort die Politik beschließt, die Flüchtlinge weiterzuwinken, dann winken unsere Kolleginnen und Kollegen mit“, so Seidenspinner.

Es wird in naher Zukunft Sammelabschiebungen geben! Wer führt diese durch? Wie werden meine Kolleginnen und Kollegen darauf vorbereitet? Fragen, auf die es keine Antwort gibt.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat einige Erwartungen, nein Forderungen an die Politik, argumentiert Seidenspinner:

- Wir erwarten als Gewerkschaft der Polizei (GdP), dass die Politik endlich die Belastungen anerkennt und Ausgleichsmaßnahmen in naher Zukunft schafft. Dazu gehört ausreichend Freizeit und zwar dann, wenn auch das soziale Umfeld ebenfalls verfügbar ist (z. B. Betonwochenende).
- Wir erwarten eine kritische Durchforstung der Tätigkeitsfelder der Polizei und vor allem den Rückzug aus Bereichen, die originär in den Zuständigkeitsbereich anderer Behörden fallen.
- Wir erwarten eine zügige Inventur der Aufgaben und des Personals.
- Wir erwarten eine nachhaltige, kontinuierliche Personalpolitik, die nicht an der Kassenlage orientiert, sondern zukunftsorientiert und konkurrenzfähig ist.
- Wir erwarten endlich eine klare Aussage der Verantwortlichen über die Rechtsschutzgewährung für Polizeibeamtinnen und -beamte bei Schadensersatz- und Schmerzensgeldfällen.
Wir erwarten von der Politik schnelles Handeln, damit die Polizei weiterhin der Garant der Inneren Sicherheit bleibt.

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mosbach

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), im Neckar-Odenwald-Kreis durfte diese Tage ein außergewöhnliches Jubiläum feiern. Selbst der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner ließ es sich nicht nehmen, den Jubilar gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden Karlheinz Herzog und dem Seniorenvertreter Alfred Lieb zu Hause zu besuchen und die Ehrung des 95-Jährigen vorzunehmen.

Karl Becker hat die Kreisgruppe Mosbach mit gegründet und war lange deren Vorsitzender. Nach seinem Ausscheiden wurde er Ehrenvorsitzender. Die Gratulanten stellten erfreut fest, dass sich Karl Becker noch in sehr guter gesundheitlicher Verfassung befindet. Nach einer angeregten Unterhaltung und so manchen Geschichten aus seiner aktiven Zeit mussten sich die Gra-

tulanten verabschieden, um die daran anschließende jährlich stattfindende Mitgliederversammlung im Tagungsraum des Hotels „Zum Amtsstüble“ in Mosbach abhalten zu können.

Zahlreiche Mitglieder fanden den Weg nach Mosbach, nicht nur um den

zahlreichen weiteren Ehrungen beiwohnen zu können.

Rüdiger Seidenspinner und Karlheinz Herzog durften für 40 Jahre die Kollegen Dieter Pöschl, Harry Gilde und Wolf-Peter Wieczorek, für 50 Jahre Walter Belzner und für 60 Jahre Mitgliedschaft Richard Olbrich ehren.

Die nichtanwesenden zu Ehrenren werden nachträglich in geeigneter Form geehrt.

Von den zahlreich geladenen Gästen war es dem GdP-Bezirksvorsitzenden aus Heilbronn möglich, an der Sitzung teilzunehmen. Der GdP-Bezirksvorsitzende Mike Scheumann, gleichzeitig auch Mitglied im örtlichen Personalrat, richtete Grüße vom Personalratsvorsit-



Von links: Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner, Karl Becker, Seniorenvertreter der Kreisgruppe, Alfred Lieb Foto: CH

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

zenden Markus Megerle aus. In seinem Rechenschaftsbericht gab Herzog aktuelle Zahlen zum Mitgliederstand und den Aktivitäten des Kreisvorstandes bekannt. Im Anschluss verkündete Herzog seinen Rücktritt vom Amt des Kreisvorsitzenden. Als Grund führte er an, dass er nach 25 Jahren Gewerkschaftsarbeit im Kreisvorstand und davon 17 Jahre als Vorsitzender die Geschichte der Gewerkschaft im Neckar-Odenwald-Kreis schon frühzeitig in jüngere Hände legen wird, um seinem Nachfolger weiterhin als Ratgeber unterstützen zu können.

Herzog, der gleichzeitig als Beisitzer für die Untergliederung im Neckar-Odenwald-Kreis im Vorstand der Bezirksgruppe Heilbronn wirkt, wird dieses Amt weiterhin bekleiden. Auch seine Mitwirkung im DGB-Kreisverband Mosbach bleibt von seinem Rücktritt unberührt.

Der Rücktritt kam für alle Anwesenden überraschend und sorgte in Gesprächen nach dem offiziellen Teil der Versammlung für so manche Rückfragen.

Landesvorsitzender Seidenspinner referiert über Themen rund um die Polizei. Er moniert, dass die vom Land bereitgestellten Beförderungen ungleich von den Dienststellen verteilt worden seien. Im mittleren Dienst, also in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 9/Z seien vom Land 500 Stellen als Sonderprogramm für lebensältere Kolleginnen/Kollegen im Besoldungsamt A 9 bereitgestellt worden, damit diese noch vor der Pensionierung ruhegehaltsfähig ins Endamt befördert werden können. Leider habe das einzelne Polizeipräsidenten nicht interessiert, die die Z-Stellen teilweise an jüngere – besser beurteilte Kollegen vergeben haben sollen. Deshalb seien jetzt schon einige Kollegen, ohne das Endamt erreicht zu haben, in Pension gegangen.

Die GdP fordert eine klare Stellenbewertung. Durch die seit über 25 Jahren von der GdP geforderte sogenannte „Zweigeteilte Laufbahn“ könnten die Probleme aus der fehlenden Stellenbewertung vermieden werden.

Die Arbeitszeit ist ein weiteres brisantes Thema, das schon lange ansteht und nach der Landtagswahl im März 2016 angegangen werde, egal wer die Regierung stellt.

Grundlage sind die europäischen Arbeitszeitrichtlinien. Es wird zu klären

sein, ob die Polizei eine Ausnahme davon sein wird. Eine klare Forderung der GdP auf Bundesebene ist die 35-Stunden-Woche für den Wechselschichtdienst.

Die Polizei in BW habe einen schlechten Altersaufbau. Hohe Einstellungszahlen in den 1970er-Jahren füh-



Von links: Richard Olbrich, Dieter Pöschl, Walter Belzner, Rüdiger Seidenspinner, Wolf-Peter Wiczorek, Harry Gilde, Karlheinz Herzog
Foto: RSchwa

re dazu, dass in den kommenden vier Jahren ein großer Teil in Pension gehen werde und dies durch Neueinstellungen fast nicht auszugleichen sein wird. Die landesweit kontrovers diskutierte Polizeireform soll evaluiert werden. Die Landesregierung habe hierzu ein externes Institut beauftragt. Die GdP werde sich dann äußern, wenn die Ergebnisse vorliegen. Das neue Landesbeamtengesetz BW sei in der 3. Lesung. In Zukunft solle es bei der Polizei möglich sein, freiwillig bis zum 65. Lebensjahr zu verlängern. Die Politik halte der Polizei den Spiegel vor, denn etliche Beamte verlängern mittlerweile über die bestehende Altersgrenze hinaus. Dies ist heute schon bis zum 63 Lebensjahr möglich. Somit sei die freiwillige Verlängerung der Kollegen eine Vorlage für die Politik. Die Verlängerung müsse jedoch im „dienstlichen Interesse“ sein. Hier stelle sich die Frage, wer das dienstliche Interesse definiert.

Seidenspinner führte an, dass sich die Feuerwehren erfolgreich gegen die Lebensarbeitszeitverlängerung gewehrt hätten und nun wieder 60 Jahre als Pensionsgrenze haben. Wie für die Feuerwehr galt in der Vergangenheit auch für die Polizei eine Sonderaltersgrenze von 60 Jahren. Eine weitere Forderung der GdP ist die Schaffung des Berufsbildes der/des Polizei-Fachangestellten. Die zwölfmonatige Stellenbesetzungssperre im sogenannten Nichtvollzug müsse vom Tisch.

Weiterhin kritisierte er die Schließung der Polizei-Akademie für Ausbil-

dung/Fortbildung in Wertheim, obwohl diese intakt sei. Die Ausbildungsstelle in Böblingen sei zu alt, es gäbe dort keine ausreichenden Kapazitäten. Ob die Ertüchtigung der Ausbildungsstelle Böblingen rechtzeitig fertig werde bleibt abzuwarten. 2015 werden 900 Anwärter eingestellt. 2016 sollen 1200 folgen. Auch die Flüchtlingsproblematik war ein Teil seines Referates. Probleme ergäben sich, wenn viele Menschen über längere Zeit auf engem Raum leben müssen. Auch sei ein Weitertransport in andere Bundesländer „nur mit Fahrkarten“ äußerst bedenklich.

Den Abschluss der Versammlung übernahm der bisherige Stellvertreter von Herzog kommissarisch bis zur nächsten Vorstandsneuwahl den Vorsitz im Kreisvorstand.

Rainer Schwab vom Polizeirevier Buchen ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender im DGB-Kreisvorstand des N-O-K. In dieser Funktion ließ er Grüße vom Vorsitzenden Rudi Braun ausrichten, der krankheitsbedingt der Versammlung nicht beiwohnen konnte. Schwab berichtete von der Arbeit im DGB-Kreis und beendete die Versammlung nicht, ohne allen Anwesenden eine gute Heimfahrt zu wünschen.

GEWERKSCHAFTSARBEIT

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

22. Oktober: Die AG Satzung (bestehend aus Wolfgang Kircher und Gundram Lottmann vom GLV, Franz Bitto dem Vorsitzenden des Landeskontrollausschuss und der Leiterin unserer Rechtsabteilung Brigitte Köster) hat ihren Satzungsvorschlag fertiggestellt. Er geht nach Vorlage beim GLV an die Untergliederungen zur weiteren Diskussion.

28. Oktober: 2. Treffen zur DGB-Broschüre für die Landtagswahlen.



AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

MdL Thomas Marwein zu Besuch bei der GdP-Bezirksgruppe Offenburg

Zugegeben, das Thema innere Sicherheit fällt nicht unbedingt in erster Linie in das Ressort des Landtagsabgeordneten Thomas Marwein. Dennoch zeigte sich der umweltpolitische Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen einer Gesprächsrunde mit Vorstandsmitgliedern der GdP-Bezirksgruppen Offenburg offen für die Sorgen und Nöte der Polizei in Mittelbaden.

Vorausgegangen war eine ausgiebige Streifenfahrt mit dem stellvertretenden Bezirksgruppenvorsitzenden Andreas Heck-Erb. Das breite Aufgabenspektrum des Streifendienstes dürfte Marwein hier ebenso wenig verborgengeblieben sein, wie die angespannte Personalsituation.

In der anschließenden Diskussionsrunde mit Bezirksgruppenvorsitzendem Reinhard Grußbeck und weiteren Vorstandsmitgliedern wurden insbesondere die aus Sicht der Bezirksgruppe festzustellenden Personalengpässe in nahezu allen Bereichen der Polizei aufgezeigt. „Wir fahren personell am

Limit“, so die GdP-Mitglieder angesichts der ernsten Lage. Mit Vergleichszahlen aus den Ballungsgebieten, insbesondere dem Großraum Stuttgart, belegten die Vorstandsmitglieder die aus ihrer Sicht falsche Personalverteilung im Land, insbesondere auch mit Blick auf die Grenznähe zu Frankreich und dem vor der Haustür befindlichen Ballungsraum Straßburg mit rund 300 000 Einwohnern. Aus Sicht der GdP-Vertreter angesichts länderübergreifender Kriminalität ein untragbarer und verantwortungsloser Zustand.

Letztendlich nahm Marwein diese aus erster Hand erhaltenen Informatio-



MdL Thomas Marwein im Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern Reinhard Grußbeck, Andreas Heck-Erb, Joachim Lienert und Frank Hansmann.

nen mit. Er sicherte zu, diese Erkenntnisse in Form eines Abgeordnetenbriefs an das Innenministerium weiter zu verfolgen.

Reinhard Grußbeck,
Vorsitzender der BG Offenburg

„Quo Vadis?“ stehende Einheiten im PP Einsatz

Ein Sachstandsbericht von Uli Müller,
Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe im PP Einsatz

Sie werden gelobt, mit Dankschreiben überhäuft, als landes- und bundesweit agierende professionelle Dienstleister bezeichnet und holen an den Wochenenden bei Demonstrationen und Fußballspielen und jüngst bei Einsätzen im Bereich der Flüchtlingsthematik sprichwörtlich die Kastanien aus dem Feuer. Aber unterm Strich sind die geschlossenen Einheiten im PP Einsatz diejenigen, die im Vergleich mit den anderen Organisationseinheiten immer mehr an Attraktivität verlieren. Und die angedachten Veränderungen im Bereich der Aus- und Fortbildung werden die Situation noch verschlimmern.

Derzeit leisten ca. 1000 Kolleginnen und Kollegen innerhalb des PP Einsatz ihren Dienst an den Standorten Göp-

pingen und Bruchsal in 17 Taktischen Einsatzzügen und sechs Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten.

Aufgrund der Dynamik und der ständig wechselnden landes- und bundesweiten Brennpunkte kann von einem planbaren Dienst nur noch auf dem Papier gesprochen werden. Alarmierungen in der Freizeit ohne angeordnete Rufbereitschaft, ständige Mehrarbeit, der sogenannte „Doppelschlag“ am Wochenende (Dienst am Samstag und Sonntag), Dienstzeiten kaum noch unter elf Stunden und Wochenarbeitszeiten über 50 Stunden, und dies bei immer kürzer werdenden Zeitläufen zwischen Einsatzzuteilung und Einsatzbeginn sind seit Langem nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Kolleginnen und Kollegen berichten im persönlichen Gespräch im-

mer öfters davon, dass sie nicht mehr zwischen Freizeit und Dienst trennen können, weil sie immer damit rechnen müssen, zu Hause angerufen zu werden. Die Überalterung des Fuhrparks und der Führungs- und Einsatzmittel, der desolate Haushalt des PP Einsatz und der schleichende Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der stehenden Einheiten sei hier nur am Rande erwähnt.

Die Entscheidung der Landesregierung, zusätzliche Gelder für die Auszahlung der Mehrarbeit bereitzustellen ist zwar konsequent, zeigt aber auch auf, dass die stehenden Einheiten schon seit Langem nicht mehr Mehrarbeit in Freizeit abbauen können. Fortbildung zum Erhalt der Einsatzfähig-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

keit und der Handlungssicherheit und somit die Erfüllung der Vorgaben aus dem Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes kann nur noch sporadisch durchgeführt werden, Einsatzleistung lautet die Maxime. Die Vorgabe, einen Einsatzzug nur mit Zug-eigenem Personal zu bestücken, kann schon lange nicht mehr gehalten werden. Belaufen sich die Verwendungszeiten nach der Ausbildung in einem taktischen Einsatzzug derzeit noch auf zwölf bis 18 Monate, was bereits in Bezug auf den Einsatzwert als kritische Mindestverwendungszeit anzusehen ist, wird sich aufgrund der hohen Einstellungszahlen ab dem Jahr 2016 bei konsequenter Beibehaltung des jetzigen Systems (nach der Ausbildung Verwendung in einer stehenden Einheit des PP Einsatz oder den Einsatzeinheiten in MA, KA und Stuttgart), die Verweilzeit bis auf sechs Monate reduzieren.

Als völlig abwegig und realitätsfern und somit als Schnellschuss können die Überlegungen des IM angesehen werden, die Qualifikation für die Tätigkeit innerhalb einer stehenden Einheit im Rahmen der Ausbildung durchzuführen und dies bis zu einem Jahr bevor die Kolleginnen und Kollegen in einer geschlossenen Einheit Dienst leisten sollen. Jeder der praxisorientiert und nicht am grünen Tisch seine Überlegungen anstellt, kann sich denken, dass der Fokus der Polizeianwärter und -anwärterinnen zu diesem Zeitpunkt sicherlich mehr in Richtung des erfolgreichen Absolvierens des anschließenden Laufbahnlehrgangs gerichtet ist als auf das Üben von Polizeiketten und Zugriff im Gruppenrahmen. Und, was bleibt dann von der Wissensvermittlung übrig, wenn man sich mindestens acht Monate mit der Materie nicht mehr beschäftigt hat? Dann soll eine einwöchige Auffrischung nach Versetzung zum PP Einsatz das wieder zu Tage zaubern. Und anschließend geht's

gleich in den Einsatz. Und wir sprechen dann von professioneller Ausbildung und Vorbereitung auf den Einsatzfall. Alles wird nur den Ausbildungszahlen untergeordnet. Qualität muss schon lange der Quantität weichen Und, bekommt das PP Einsatz hierzu mehr Personal zugewiesen, für diese On-Top-Aufgabe? Bisher Fehl-



zeige. Wo sollen die Kolleginnen und Kollegen untergebracht werden, wenn sie vier Wochen an die Standorte abgeordnet werden? Antwort, bisher Fehl-anzeige. Augen zu und durch lautet die Devise, das PP Einsatz wird dies schon stemmen. Aber auch bei den Entscheidungsträgern sollte irgendwann einfach mal zur Kenntnis genommen werden, dass sowohl der Personalkörper als auch die Infrastruktur des PP Einsatz endlich ist.

Stichwort Attraktivität: Jedem, der sich mal intensiv mit der Belastung innerhalb einer geschlossenen Einheit befasst hat, müsste einleuchten, dass dieser Dienst zumindest mit dem Streifendienst vergleichbar ist. Aber bisher ist die Erschwerniszulage-Verordnung in Baden-Württemberg, im Gegensatz zum Bund, immer noch auf den Begriff Schichtdienst ausgerichtet. Und die Möglichkeit, in den gehobenen Dienst aufzusteigen, ist derzeit angesichts der geringen Zulassungsplätze mehr als schwierig. Insgesamt ist an

dieser Stelle schon die Frage erlaubt, warum junge Kolleginnen und Kollegen angesichts dieser Ausgangssituation sich zum Stammpersonal des PP Einsatz bewerben oder weiterhin ihren Dienst verrichten sollen. Steigende Wegbewerbungen von Stammbeamten in den Polizeieinzeldienst sprechen für sich.

Um die Attraktivität und die Professionalität der geschlossenen Einheiten zu halten bzw. zu steigern, muss deshalb:

- Die Mindestverwendungszeit in einer geschlossenen Einheit mindestens auf dem jetzigen Stand eingefroren werden, auch wenn dies in der Konsequenz Direktversetzungen in den Polizeieinzeldienst zur Folge hätte.
- Die Intensiv- und Tumultfortbildung nach Versetzung zum PP Einsatz stattfinden und nicht im Rahmen der Ausbildung ein Jahr davor erfolgen.
- Der Begriff Vereinbarkeit Familie und Beruf mehr in den Fokus gerückt werden. Dies erfordert eine strikte Einhaltung der arbeitszeitrechtlichen Vorgaben und vor allem ein konsequentes Bemühen von allen beteiligten Stellen, ihre Einsatzanlässe möglichst frühzeitig und verlässlich dem PP Einsatz mitzuteilen. Dienststellen, die dies nicht einhalten, muss deshalb sprichwörtlich auch mal die rote Laterne gezeigt werden.
- Für die Anordnung von Rufbereitschaft Geld in die Hand genommen werden.
- Das Zulagewesen angepasst werden.
- Bei der Vergabe der Zulassungsplätze für den gehobenen Dienst der landesweite Dienstleistungscharakter des PP Einsatz berücksichtigt werden.
- Beförderungsmöglichkeiten in einer Beweissicherungs- und Festnahme-einheit in A 8 erhöht werden.
- Die Revierdienstunterstützung einer restriktiven Prüfung unterzogen werden.
- Die 1:1-Vergütung von Bereitschaftszeiten anerkannt werden.

LANDTAGSWAHLEN

Landtagswahlen – Sicher Leben in Baden-Württemberg

Am 13. März 2016 finden Landtagswahlen in Baden Württemberg statt. Zu den Landtagswahlen wird vom DGB eine Broschüre erstellt. Unter der Rubrik „Sicher Leben in Baden- Württemberg“ ist zu lesen:

Ein Leben in Sicherheit steht ganz oben auf der Prioritätenliste der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört eine Polizei, die das gewährleisten kann. Jahrzehntelange Fehlplanungen haben die Polizei allerdings an die Gren-

ze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Überzogene Einsparziele früherer Landesregierungen haben der einst gut ausgestatteten Polizei von Mitte der 90er Jahre an immer härtere Einschnitte abverlangt. Eine Reduzierung der



LANDTAGSWAHLEN

Einstellungszahlen bis knapp auf 150 im Jahr 2004 führte zu dem extrem problematischen Altersaufbau der jetzigen Belegschaft. Bereits heute sind weit über die Hälfte der Polizistinnen und Polizisten älter als 50 Jahre. Bis zum Jahr 2020 gehen planmäßig mehr als 50 Prozent der Polizeibeschäftigten in Pension. Gut 12.000 Kolleginnen und Kollegen scheiden aus dem aktiven Dienst aus. Diesen Trend werden auch die erhöhten Einstellungszahlen der vergangenen Jahre und die beschlossene Einstellungsoffensive mit ca. 1.400 Stellen nicht umkehren. Die massiven Streichungen von gut 3.000 Stellen Ende der 90er Jahre, unter denen die Polizei bis heute enorm leidet, wurden in der vergangenen Legislaturperiode beendet. Doch der ständige Aufgabenzuwachs (beispielsweise Computerkriminalität, organisierte Kriminalität, islamistischer Terrorismus, die Flüchtlingsproblematik, steigende Ge-

walt gegen Polizistinnen und Polizisten) und immer mehr Großeinsätze führen zu Überstunden, die nicht mehr abgebaut werden können. Mittlerweile führt der Personalmangel dazu, dass Schutzvorschriften im Bereich der Arbeitszeit nicht mehr eingehalten werden können und bestehende Rechtsprechung teilweise einfach ignoriert wird, nur um zu gewährleisten, dass bei Großeinsätzen genügend Polizei vorhanden ist.

Wir brauchen eine bürgernahe und leistungsfähige Polizei. Die neue Landesregierung muss mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Polizei wieder in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben professionell und bürgerorientiert zu erledigen und gleichzeitig den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten.

– Einstellungen sollten ausschließlich im gehobenen und im höheren Dienst vorgenommen werden.

- Der Polizeivollzugsdienst muss von polizeifremden Aufgaben durch ausreichend Polizeifachangestellte entlastet werden.
- Verwaltungsbeamtinnen und -beamten in der Polizei müssen endlich angemessen besoldet und auch befördert werden.
- Ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement muss eingerichtet werden.
- Wir fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche für alle Kolleginnen und Kollegen, die rund um die Uhr in verschiedenen Schicht- und Arbeitszeitmodellen arbeiten.

Der jetzige Organisationsaufbau der Polizei sollte evaluiert werden. Die dabei festgestellten Mängel sind zu beseitigen. Allerdings sollte auf keinen Fall eine erneute Reform der Reform stattfinden. Ein weiteres Umorganisieren würde nur zu weiterer Unzufriedenheit unter den Beschäftigten führen.

POLITISCHE GESPRÄCHE

Treffen mit der SPD-Landtagsfraktion

Am 29.10. fand ein Gespräch zwischen den DGB Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Vertretern der SPD Landtagsfraktion statt. Dabei ging es um Themen der Ausbildung im öffentlichen Dienst, Befristungen im Tarifbereich, die Besoldung, Interkulturalität, die kleine Bürgerversicherung und das Thema Flüchtlinge.

Wolfgang Kircher, der für die GdP an dem Gespräch teilnahm begrüßte die Einstellungsoffensive der Landesregierung. Allerdings bezweifelte er gegenüber den Anwesenden, dass die Einstellungszahlen in der Zukunft erreicht werden können. Die Polizei sei, so wie

sie momentan aufgestellt werde für die Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Zukunft nicht attraktiv. Die bekannten Probleme wie Arbeitsbelastung, Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, um nur zwei Beispiele zu nennen zum einen, zum anderen fehlende berufliche Perspektiven führen dazu, dass die wenigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger sich eher anders orientieren werden.

Dem könnte entgegengewirkt werden, wenn endlich die Zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei eingeführt wird. Dazu genüge aber nicht das Verewigen in den Wahlkampfbroschüren oder im Koalitionspapier, dazu müsste endlich ein Datum her. „Wir kämpfen seit 1992 für die Zweigeteilte Laufbahn und alles andere, als ein Datum, wann sie eingeführt wird, glauben unsere Kolleginnen und Kollegen nicht mehr.“ Leider kontraproduktiv zur Werbung für die Polizei sind wohl momentan auch die durch die

Flüchtlingsproblematik offenbarten Versäumnisse in der Ausrüstung oder beim Personal. So arbeiten Dienststellen unter der notwendigen Mindeststärke, Freie Wochenende oder Regenerierzeiten zwischen den Rund- um die Uhr Schichtumläufen seien Mangelware. Die Bezahlung der Überstunden anstatt des notwendigen Freizeitgleichs zur Regenerierung sei die Offenbarung der Personalknappheit. Hinzu komme noch die unzureichende Anerkennung von Einsatz- und Bereitschaftszeiten.

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

Es traten in den Ruhestand:

Freiburg: Kunibert Reger.
Göppingen: Helmut Schleider.
Heilbronn: Uwe Timm.
Ortenaukreis: Edwin Hilberer.
Pforzheim: Gerhard Jenner.
Zollernalbkreis: Johann Pfister.

Wir wünschen den Kollegen im Ruhestand alles Gute.

Zusammengestellt von
A. Burckhardt



V. l. n. r.: Nikolaos Sakellariou, MdL, Gabriele Frenzer-Wolf, stellv. Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, Wolfgang Kircher, stellv. GdP Landesvorsitzender, Claus Schmiedel, MdL, Doro Moritz, Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, Rainer Hinderer, MdL, Klaus Maier, MdL und Markus Kling, Ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg, Fachbereich Bund und Länder /Bereich Beamtinnen und Beamte





Die Musikhalle, ein ansprechendes Ambiente



Der diesjährige Landesball der Gewerkschaft der Polizei fand in der Musikhalle in Ludwigsburg statt. Peter Jagusch (Comedy und Moderation) führte durch das abwechslungsreiche Programm. Martin O, Stimmenakrobat- „Der Mann der mit der Stimme tanzt“ brachte so manchen Zuschauer und Zuhörer zum Staunen. Wer Lust hatte, konnte zu der Musik der Livit Danceband das Tanzbein schwingen. Eine durchweg gelungene Veranstaltung in neuem Ambiente

GDP LANDESBALL IN LUDWIGSBURG **Impressionen**



Martin O



Peter Jagusch



Die Livit Danceband